

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark.
Postbezugspreis für Monat April 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Übersetzungsgeld 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverwaltungsstelle:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das neue französische Kabinett.

Painlevé Ministerpräsident und Kriegsminister in einer Person.

Julius Barmats Zeugenvernehmung in Moabit. - Die Widerlegung demokratischer Wahlschwindeleien.

Loucheur glaubt an keinen langen Bestand.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 17. April. Das neue Ministerium kam kurz nach Mitternacht endgültig zustande und hat folgende Zusammensetzung:

- Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé;
- Justiz Steeg;
- Außenminister Briand;
- Finanzen Caillaux;
- Innenministerium Schramet;
- Marine Porel;
- Essentielle Arbeiten Laval;
- Rechtsministerium Durafour;
- Kolonien Gelle;
- Unterrichtsministerium de Monzie;
- Handel Chaumeil;
- Landwirtschaft Durand;
- Pensionen Antierion;
- Unterstaatssekretäre im Ministerpräsidium Bonet, im Kriegsministerium Dissola, im Handelsministerium Dasielou;
- Zustizsachverwalter Laurant Gueux;
- Technischer Unterrichts- und schöne Künste Delbort;
- Bestreite Gebiete Paul Porel;
- Generalkommissar im Kriegsministerium (Sportdirektor) Paul Bonaget.

Das Unterstaatssekretariat für Post, Telegraphie und Telephonie ist aufgehoben und dem Handelsministerium angegliedert worden.

Die Unterstaatssekretariate des Ministerpräsidiums und des Kriegsministeriums sind in diesem Kabinett neu geschaffen worden und müssen durch eine besondere Verordnung des Präsidenten der Republik bestätigt werden. Diese Bestätigung wird heute erteilt.

Painlevé begibt sich heute vormittag ins Elysee, um dem Präsidenten der Republik seine neuen Mitarbeiter vorzustellen.

Die Besprechungen über die endgültige Ministerliste dauerten den ganzen Abend. Sie waren so langwierig, weil vor allem Briand Schwierigkeiten bereite, in das Kabinett einzutreten. Er hatte nämlich große Bedenken gegen die Ernennung Caillaux zum Finanzminister und er war der Ansicht, daß ein Ministerium, das Caillaux in sich schließt, sich keine 24 Stunden halten könne, da mit der Opposition der Sozialisten gerechnet werden müsse, weil Caillaux wohl von einer verstärkten Einkommensteuer, aber nicht von einer Vermögensabgabe im Sinne der Sozialisten wissen will. Um die Bedenken darüber zu zerstreuen, wurde um 10 Uhr eine besondere Besprechung zwischen Painlevé, Briand und Caillaux abgehalten, die zweieinhalb Stunden dauerte und über das Schicksal des Ministeriums endgültig entschied. Briand

ließ sich überzeugen, daß seine Bedenken unbegründet seien.

Loucheur, dem das Handelsministerium angeboten worden war, hat kurz nach Mitternacht abgelehnt. Die Gründe sind vorläufig noch nicht bekannt, doch scheint Loucheur zu glauben, daß das Ministerium keinen langen Bestand haben könne. Er will sich also für das folgende Kabinett reservieren. Der frühere Unterrichtsminister, der kurze Zeit auch als Ministerpräsident vorgeschlagen war, hat das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt.

Caillaux über sein neues Amt.

Paris, 16. April. Dem „Quotidien“ erklärte Caillaux in einem Interview: Die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs ist außerordentlich schwierig. Ich will nicht, daß man sich über meine Person irgendwelche Illusionen macht. Ich bin kein Zauberer und besitze keinen Zauberstab. Wenn ich in das Kabinett eintrete, werde ich der neuen Regierung nur meine Erfahrungen, meinen guten Willen, vollen Freimuth und feste Entschlossenheit geben können.

Die noch unklare Einstellung der Parteien.

Der beginnende Widerstand Poincarés.
Basel, 17. April. Aus Paris wird den „Baseler Nachrichten“ telegraphiert: Die endgültige Stellungnahme der Parteien zum neuen Kabinett Painlevés erfolgt erst im Laufe des Sonnabends vormittags. Die bisher festgestellten Bräunungsrichtungen lassen jedoch als ziemlich sicher erkennen, daß Poincaré zunächst eine gewisse Wehrheit für sein Kabinett in der Kammer haben wird, als sie Herriot am Anfang seiner Ministerpräsidentenschaft gehabt hat. Wollig unklar ist noch die Haltung des Senats, da Senator Joffre mit seinem Anhang für eine vorläufige Forderung auch Caillaux gegenüber eintritt. Deprimierend für die Aussichten des Kabinetts sind dagegen die gestern bekanntgewordenen Reden Poincarés und Willerauds in der Republikanischen Union und die letzten Erfolge der Rechtsparteien bei den Nachwahlen in den Gemeinderatsverteilungen.

Das „Journal“ meldet: Der Widerstand der Rechten gegen Caillaux kam bereits in einem Teile der gestrigen Pariser Abendpresse zum Ausdruck. An der Spitze dieser Stimmungsmache stehen Poincaré und Chéron, der Vorsitzende der Republikanischen Union. Poincaré nannte die Rückkehr Caillaux das Wiederauftreten der syndikalistischen Verhöhnung Frankreichs.

Die Schandurteile hören nicht auf.

Brüssel, 16. April. (Melbuna der Agence Belas.) Das Kriegsgericht von Brabant verurteilte den Hauptmann der Feldgendarmarie Karge in contumaciam zum Tode. Der Offizier soll gelegentlich der Einnahme von Arricht durch die deutschen Truppen angeblich den Befehl zur Erschießung von 155 belgischen Zivilisten gegeben haben. (S.T.B.)

Ein neuer polnischer Rechtsbruch.

Die Besetzung des deutschen Krankenhauses Bethesda.
Wie feinerzeit mitgeteilt, hatte die polnische Regierung den Beschluß gefaßt, das deutsche Krankenhaus Bethesda in Gnesen zwangsweise zu liquidieren und in Besitz zu nehmen. Nachdem durch Verfügung des deutsch-polnischen Schiedsgerichts in Paris vom 28. Februar der polnische Staat verpflichtet war, sich jeder Verfügung über das Krankenhaus zu enthalten.

Dieser beabsichtigte Rechtsbruch ist inzwischen Tatsache geworden. Am Gründonnerstag erschien der Bürgermeister von Gnesen, Gensel, mit sechs Vollzähnen und einer Reihe polnischer Krankenschwestern in Bethesda. Er forderte die Vorsitzende des Deutschen Frauenvereins von Gnesen, Frau v. Wendorff-Wahlburg, auf, das Krankenhaus zu übergeben, und ließ schließlich, da die Uebergabe abgelehnt wurde, die Tür des Krankenhauses gewaltsam öffnen.

Ueber die näheren Vorgänge bei dieser Besitzergreifung berichtet die „Deutsche Rundschau“ folgendes:

Bürgermeister Gensel: „Ich fordere Sie nochmals im Namen des Staates auf, die Tür zu öffnen.“

Frau v. Wendorff: „Ich protestiere gegen eine Uebernahme Bethedas und werde die Tür nicht öffnen. Bitte genau protokollieren.“

Bürgermeister Gensel: „Hier wird nichts protokolliert.“

Frau v. Wendorff: „Unsere Schwestern protokollieren. Ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß auch in Ihrer Qualifikation steht, daß Sie als Käufer, nicht als Vertreter des Staates hier sind. Ich werde die Tür nicht aufmachen, denn ich bin polnischer Staatsbürger und verrete einen polnischen Verein polnischer Staatsbürger. Es läuft auch in Warschau ein Prozeß beim Nationalen Tribunal Administracianum, dessen Ergebnis abzuwarten ist.“

Bürgermeister Gensel: „Das Haus gehört seit dem 10. März 1925 dem Staate. (Anmerk.: Die Entscheidung des Pariser Schiedsgerichts war bereits am 28. Februar erfolgt!) Sie leisten Widerstand gegen die Staatsgewalt und werden die Folgen zu tragen haben.“

Frau v. Wendorff: „Eine verriegelte Tür ist im Sinne des § 113 des St.-G.-B. kein Widerstand gegen die Staatsgewalt.“

Die anderen Herren: „Wir werden Sie arretieren!“

Bürgermeister Gensel: „Ich fordere Sie nochmals im Namen des Staates auf, die Tür zu öffnen! Eins, zwei, drei...“

Frau v. Wendorff: „Ich werde nicht öffnen!“
Darauf wurde die verriegelte Tür vom Schlosser geöffnet.

Die Herren vom Magistrat nahmen von Bethesda Besitz. Die bisher dort an zu 90 Prozent polnischen Kranken ihren ungenügenden Liebedienst ausübenden 25 deutschen Schwestern des Wandsbürger Mutterhauses wurden ihrer Rechte und Pflichten entbunden und von den zum großen Teil noch recht jugendlichen polnischen Kote-Kreuz-Schwestern abgelöst. Der im ganzen Teilgebiet rühmlichst bekannte Oberarzt des Hauses, Sanitätsrat Dr. Anders, dem ungeliebte Polen ihr Leben zu verdanken haben, wurde „verdrängt“ und durch einen Krakauer Arzt ersetzt. Mehr als die Hälfte der (ärztlich polnischen) Kranken hatte unterdessen freiwillig das Krankenhaus verlassen. Ein Teil des unteren Pflegepersonals, darunter auch eine polnische Pflegerin, folgten ihnen. Ihr Gepäck wurde beim Ausgange einer Revision durch die Polizei untersucht. Die deutschen Schwestern sollen innerhalb zehn Tagen exmittiert werden; sie warten das Erscheinen des Gerichtsvollziehers bis dahin ab. Der Vorsitzende, Frau v. Wendorff, wurde bereits am Gründonnerstag das erregte Betreten des Krankenhauses verboten; sie ist damit gleichfalls exmittiert.

Savarie an Bord des Luftschiffes R. 33.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
London, 17. April. Das Luftschiffabteilministerium hat ein Telegramm erhalten, wonach die Funktionation von D.H. in der Grasmahle Newport, ein Telegramm des Luftschiffes R. 33 erhielt, dieses erlucht um Hilfe, da drohende Savarie an Bord anfacturen sei. Es heißt, daß die Motoren kurz nach dem Abheben des Luftschiffes zum Stillstand kamen, daß sie aber wieder in Betrieb gesetzt werden konnten. Etwas später traten neue Störungen auf. Man weiß zur Stunde noch nicht, ob alle drei Motoren angehalten sind oder ob wenigstens einer noch im Gange ist. Man hegt ernste Besorgungen für das Schicksal des Luftschiffes.

London, 17. April. Um 1.20 Uhr nachts hat das abgetriebene Luftschiff „R. 33“ das Schiff „Gobetta“ um seine Begleitung. Um 3.30 kam die Nachricht in Vullham an, daß das Luftschiff mit 15 Knoten Westwindigkeit in der Richtung auf Toweston in der Nähe südlich von Norwich sitze und von Herabwerfern begleitet werde. Um 4.50 Uhr erluchte das Luftschiff die „Gobetta“ sich ihm zu nähern. (S.T.B.)

Auch ein amerikanisches Luftschiff losgerissen.

Belleville (Illinois), 17. April. Ein amerikanisches Luftschiff von Blagoevgrad, das sich gestern nachmittags von seinem Anker losgerissen hatte und mit sieben Mann Besatzung davongetrieben war, landete ohne Unfall in Blagoevgrad. (S.T.B.)

Amerikanische Kredite und Hindenburgs Kandidatur.

Keine Störung der Geschäftsabläufe.

Berlin, 17. April. Die Nachrichten über angebliche Wirtschaftlichkeitschwierigkeiten zwischen Deutschland und Amerika hinsichtlich der Kandidatur Hindenburgs erweisen sich nach New Yorker Meldungen als völlig erfunden. In der Wallstreet hat sich das internationale Geschäft mit Deutschland in den letzten Tagen genau so abgepielt wie früher. Nachfragen an den großen Finanzstellen New Yorks haben ergeben, daß man die Anleihefrage als durchaus unabhängig von dem Ausgang der Reichspräsidentenwahl betrachtet.

Soweit man hier unterrichtet ist, haben die Verhandlungen der Rhein-Union zum Abschluß einer Anleihe von 6 Millionen Dollar geführt.

Ueber eine weitere Anleihe von 15 Millionen Dollar haben vor einiger Zeit einmal Besprechungen stattgefunden, doch hat man dann auf beiderseitigen Wunsch die Verhandlungen hierüber vertagt. Die Kandidatur Hindenburg hat bei dieser Gelegenheit nicht die geringste Rolle gespielt.

Das das Telegramm eines amerikanischen Privatmanns, namens Kolschwig, an Hindenburg, von dem die demokratische Presse großes Wesen macht, anlangt, so ist der Unterzeichnete des Telegramms kein irgendwie maßgebender Vertreter amerikanischer Wirtschaftskreise. Diese Stellung wird ihm von der demokratischen Presse lediglich angesetzt, um seinem Telegramm eine Bedeutung zu geben, die ihm nicht zukommt. Diefem einen Telegramm stehen außerordentlich viele andere gegenüber, die aus Amerika eingegangen sind, und die Hindenburg zur Uebernahme der Kandidatur beglückwünschen.

Dr. Hartmann, der ein Warnungstelegramm an Dr. Stresemann gerichtet haben soll, wird als Leiter des Außendepartements der Firma Hartmann & Co. bezeichnet. Es ist das eine unbedeutende Bank, die mit den großen Kreditgeschäften nicht das mindeste zu tun hat. Der Genannte ist, wie der „Vokal-Anzeiger“ feststellt, in der letzten Inflationszeit, als die Banken alles einstecken mußten, was

nur irgend greifbar war, eine Zeitlang bei der Dresdner Bank in untergeordneter Stellung tätig gewesen und dort sowohl in der Direktion, wie den Kollegen, in nicht eben rühmlicher Erinnerung geblieben.

Hindenburg spricht im Rundfunk.

Berlin, 17. April. Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Rundfunk für die Bewerber des Postens des Reichspräsidenten im zweiten Wahlgange freigegeben hat, wird Feldmarschall v. Hindenburg am Freitag vor der Wahl abends eine Rede halten, die über sämtliche deutsche Länder verbreitet wird.

Bei dem Empfang, der am Sonntag in Hannover bei Hindenburg stattfand, handelt es sich um eine Kundgebung, an der außer Vertretern der Presse nur eine ganz beschränkte Anzahl politischer Persönlichkeiten teilnehmen können.

Der Aufruf der Deutschen Burschenschaft.

Berlin, 16. April. Der Ausschuss für vaterländische Arbeit der Deutschen Burschenschaft erläßt folgenden Aufruf:

Burschenschaftler! Infolge der unverantwortlichen Gleichgültigkeit und Urteilslosigkeit weiter bürgerlicher Kreise ist es leider nicht gelungen, dem nationalen Kandidaten im ersten Wahlgang zum Siege zu verhelfen. Jetzt haben sich eine Reihe bisher einander fernstehender Parteien und Verbände auf die Kandidatur des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg geeinigt. Der Generalfeldmarschall hat mit der Annahme dieser Kandidatur ein neues, schweres Opfer gebracht, zu dem ihm nur seine hingebende Treue, sein nie verlassendes Pflichtgefühl, seine belte Liebe zu Volk und Vaterland bewogen haben. Zusammen mit unserm Bundesbruder Dr. Jarres rufen wir alle Burschenschaftler auf, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg am Wahltage nicht nur zu wählen, sondern für diese nationale Kandidatur auch mit aller Kraft zu werden und zu wirken.